

Informationsfreiheit für alle – Dokumente, die darauf warten, befreit zu werden

von Judith Doleschal und Phillip Hofmann



Judith Doleschal ist bei FragDenStaat für die Kommunikation sowie Fundraising zuständig.



Dr. Phillip Hofmann ist Syndikusanwalt bei FragDenStaat.

Wann haben Sie sich das letzte Mal über Informationsfreiheit ausgetauscht – nicht im Kolleg:innenkreis, sondern privat? Der Aufgabe, das Recht auf freien Zugang zu amtlichen Informationen bekannter, ja prominent und selbstverständlich zu machen, hat sich FragDenStaat gestellt. 2011 als kleines ehrenamtliches Tech-Projekt gestartet, hat sich die Plattform zu dem Werkzeug für Anfragen nach den verschiedenen Informationsfreiheitsgesetzen (u.a. Informationsfreiheitsgesetz Bund – IFG, Verbraucherinformationsgesetz – VIG, Umweltinformationsgesetz – UIG) entwickelt. Über 150.000mal haben Bürger:innen bereits von ihrem Recht Gebrauch gemacht und Behörden nach Gutachten, Verträgen, Erlassen, Konzepten, Sitzungsprotokollen oder sonstigem gefragt.

Informationsfreiheit ist wichtig. Die Hintergründe und Zusammenhänge wesentlicher politischer und gesellschaftlicher Entscheidungen sind versteckt in PDFs, die niemand liest. Das darf so nicht bleiben. Erst mit dem Zugang zu Wissen kann die Bevölkerung informierte Entscheidungen treffen, sich zivilgesellschaftlich engagieren und politische Entscheidungen hinterfragen. Wissenshierarchien werden abgebaut und Herrschaftswissen wird zu öffentlichem Wissen. Informationsfreiheit ist hierbei ein Mittel zur Kontrolle politischer Prozesse. Sie kann Korruption vorbeugen und erhöht die Transparenz sowie Rechenschaftspflicht von Politik und Verwaltung. Und das gilt im Großen wie im Kleinen.

Erste Anfragen der FragDenStaat-Nutzer:innen werden häufig an die eigenen

Stadtverwaltungen adressiert. Es besteht ein Interesse daran, in der eigenen Kommune Licht ins Verwaltungshandeln zu bringen. Aber auch das politische Handeln auf europäischer Ebene, bei dem Menschen häufig das Gefühl haben, dass sie davon betroffen, gleichzeitig aber machtlos sind, kann mit Informationsfreiheitsanfragen erhellt werden. Der freie Informationsfluss durch den Staat stärkt und belebt die Demokratie, weil er Partizipation möglich macht. Nur wer Einblick in das Zustandekommen kollektiv verbindlicher Entscheidungen hat, kann diese auch effektiv beeinflussen.

Gemeinsam von Zuhause aus Veränderung bewirken

Wir bauen die Infrastruktur für Demokratie – das hat sich FragDenStaat auf die Fahnen geschrieben. Aber wie lädt man dazu ein, diese auch zu nutzen? Mit unseren Kampagnen ermöglichen wir einen leichten Einstieg in das Stellen von IFG-Anfragen. Mit wenigen Klicks kann man gemeinsam mit vielen von Zuhause aus durch das Stellen von sogenannten Massenangelegenheiten Druck auf Behörden ausüben. Drei Tage nach Start der Kampagne FragDenBundestag, die auf die Herausgabe der Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags abzielte, hatten Nutzer:innen bereits über 1.100 Gutachten angefragt. Trotz eindeutiger Rechtsprechung hatte die Bundestagsverwaltung diese jahrelang nicht veröffentlicht, obwohl diese den Abgeordneten als Entscheidungsgrundlage dienen. Dies hat sich

durch die Kampagne geändert. Die Gutachten sind nun auf der Bundestags-Webseite zu finden.

Um Expertisen zu vereinen planen wir Kampagnen gern gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Partner:innen. TopfSecret ist durch die Kooperation mit foodwatch entstanden. Hygiene-Kontrollberichte von Restaurants sowie Supermärkten sind nach dem VIG anfragbar. Mit dem Ziel, Transparenz in die Lebensmittelbehörden zu bringen, sind in einem Jahr 41.000 Anfragen, 8.000 veröffentlichte Lebensmittelkontrollberichte und drei Entscheidungen von Oberverwaltungsgerichten zusammengekommen, was für viel Wirbel gesorgt hat.

Die vorliegende Datenbasis auf der Plattform hat bisher ergeben, dass bei etwa 43 Prozent der Betriebe bei der letzten Kontrolle Verstöße gegen lebensmittelrechtliche Vorgaben festzustellen waren.

Das wissenschaftliche Gutachten zur potenziell krebserregenden Wirkung von Glyphosat wurde über unsere Plattform beim Bundesinstitut für Risikobewertung mehr als 45.000 Mal angefragt

Der größte Branchenverband des Gaststättengewerbes zweifelt die Zulässigkeit der Veröffentlichung der entsprechenden Kontrollberichte auf unserer Plattform

immer wieder an – zuletzt auch auf Basis der Datenschutzgrundverordnung. Weitere gerichtliche Auseinandersetzungen sind hier vorprogrammiert.

Und auch der Bundesregierung begegnen wir häufig vor Gericht, zumeist vor den Verwaltungsgerichten infolge von abschlägig beschiedenen Informationsfreiheitsanfragen gegenüber Bundesministerien, zuletzt aber auch vor dem Zivilgericht: Das wissenschaftliche Gutachten zur potenziell krebserregenden Wirkung von Glyphosat wurde über unsere Plattform beim Bundesinstitut für Risikobewertung mehr als 45.000mal angefragt. Weil wir das Gutachten für alle Menschen zugänglich auf FragDenStaat veröffentlicht haben, werden wir derzeit vor dem LG Köln wegen Urheberrechtsverletzung verklagt (#Zensurheberrecht).

Wenn nur noch Klagen hilft

Auch wir selbst müssen häufig den Klageweg beschreiten. Anfragen werden geschrieben, innerhalb der einmonatigen Frist passiert jedoch nichts. Es wird erinnert, gegebenenfalls auch eine Vermittlung mit der zuständigen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit angestrengt. Manchmal regt sich die Behörde gar nicht. Dann hilft nur noch die Untätigkeitsklage. In anderen Fällen nennen Behörden pauschal Vorwände, warum Informationen nicht herausgegeben werden dürfen. Der Schutz geistigen Eigentums, personenbezogener Daten oder von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sind hier die Klassiker. Im Zweifel hilft hier nur noch Klagen und Geld muss in die Hand genommen werden. Das schreckt natürlich viele ab. Hier unterstützen wir finanziell, vermitteln Rechtsbeistand und helfen mit unserem Erfahrungswissen. »Wir sind der Schneepflug, der den Weg für andere freimacht. Dazu gehört es, neue Rechtsfragen aufzuwerfen, aber auch mauernde Behörden so lange zu verklagen, bis sie sich an die rechtlichen Vorgaben halten«, so hat es Arne Semsrott, Projektleiter von FragDenStaat, einmal formuliert.

Daher klagen wir in strategisch bedeutsamen Themenfeldern und Rechtsfragen, die der Türöffner für mehr Transparenz



Zeichnung: Philipp Heinisch



Grafik: Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.

sein können, häufig selbst und oft erfolgreich. Im Rahmen von Kampagnen wird besonders deutlich, wie durchgefochtene Urteile einen Wendepunkt darstellen können.

Als gemeinnütziges Projekt des Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. sind wir jeden Tag aufs Neue froh, dass wir mit Hilfe unserer Spender:innen weitermachen können

Die aktuelle Klimapolitik sowie die Corona-Krise verlangen, ein besonderes Augenmerk auf politische Entscheidungen zu richten. Intransparenz ist hier besonders fatal. So bemühen wir uns derzeit um die Protokolle des sog. Klimakabinetts, das die gesetzgeberischen Weichen stellen soll, um die fatalen Auswirkungen des Klimawandels noch abzumildern, und haben in Niedersachsen vor den Verwaltungsgerichten um die Herausgabe von Erlassen des Niedersächsischen Justizministeriums zum Umgang der Justiz mit der Corona-Krise im Eilverfahren gestritten.

Wir befürchteten, die Erlasse könnten Grundrechte und Verfassungsprinzipien

wie die Unabhängigkeit der Gerichte, das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz und Zugang zu Gerichten sowie den Grundsatz der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen in rechtswidriger Weise beschränken, und pochten daher auf Transparenz. Da Niedersachsen sich als eines von drei Bundesländern (neben Bayern und Sachsen) seit Jahren erfolgreich gegen die Einführung eines allgemeinen Informationsfreiheitsgesetzes sperrt, drehte sich das Verfahren im Kern darum, ob es sich bei den Erlassen um Umweltinformationen i.S.d. UIG handelt. Das Gesetz über den Zugang zu Umweltinformationen gilt nämlich auch für Niedersachsen. Die Erlasse verfügen unter anderem Zutrittsbeschränkungen zu Gerichtsgebäuden und Corona-bedingte zeitlich-räumliche Anpassungen von Verfahrensabläufen, um die Ansteckungsgefahr mit dem Sars-CoV-2-Virus im Justizbetrieb zu verringern.

Das VG Hannover folgte uns darin, dass die Erlasse auch den Schutz der Atemluft in den Gerichtsgebäuden bezweckten und daher Umweltinformationen seien. Es billigte wegen der Grundrechtsrelevanz auch die Vorwegnahme der Hauptsache. Das OVG Lüneburg gab schließlich der Beschwerde des Justizministeriums

mit der Begründung statt, Innenraumluft unterfalle nicht den Umweltbestandteilen i.S.d. UIG. Ob Maßnahmen zur Verringerung der Ansteckungsgefahr über Sars-CoV-2haltiges Aerosol in der Atemluft Umweltinformationen sind, wird wohl am Ende das Bundesverwaltungsgericht im Hauptsacheverfahren entscheiden müssen.

Transparenz – ein Herzensprojekt

Als gemeinnütziges Projekt des Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. sind wir jeden Tag aufs Neue froh, dass wir mit Hilfe unserer Spender:innen weitermachen können. Die Plattform für unsere Nutzer:innen weiterzuentwickeln, Kampagnen zu planen und Klagen gegen öffentliche Stellen anzustrengen, ist nichts, was durch öffentliche Gelder gefördert wird. Die Unabhängigkeit ist uns wichtig, aber auch eine Herausforderung. Wir sind somit auf die Unterstützung einzelner angewiesen und immer auf der Suche nach neuen Mitstreiter:innen, die uns finanziell oder mit ihrem Fachwissen unterstützen. ■